

# Kritik an Plänen für umfassende Überwachung

Das Sicherheitspaket ist seit Montag in Begutachtung. Kritik gibt es schon jetzt, etwa an einer zunehmend vernetzten Videoüberwachung des öffentlichen Raums – und daran, dass das Ausspähen verschlüsselter Nachrichten Systemschwachstellen verstärken könne.

**Wien** – Öffentliche Plätze und Straßen, der Autoverkehr, die Kommunikation per Handy, E-Mail, Whatsapp oder Skype: All dies soll in Österreich künftig strenger überwacht werden. So besagt es das neue Sicherheitspaket. Deswegen zuletzt von Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP) forcierter Entwurf – er umfasst eine Novelle des Sicherheitspolizeigesetzes sowie der Strafprozessordnung – ging am Montag für sechs Wochen in parlamentarische Begutachtung.

Das neue Sicherheitspolizeigesetz war bis zuletzt zwischen Innenministerium und SPÖ verhandelt worden. Nun wurde es erstmals in voller Länge öffentlich. Es sieht unter anderem die Gründung von Sicherheitsforen der Polizei mit Bürgern auf lokaler Ebene im Rahmen des sogenannten Community Policing vor. Aber vor allem soll es der Polizei den Zugriff auf Videoaufnahmen im öffentlichen Raum erleichtern.

Öffentliche und private Videoüberwachungsbetreiber sollen künftig „verpflichtet“ werden, zur „Vorbeugung wahrscheinlicher oder zur Abwehr gefährlicher Angriffe“ den Sicherheitsbehörden

ihre Aufnahmen zur Verfügung zu stellen. Mit dem Handy filmende Privatpersonen sollen das wie bisher nur „freiwillig“ tun, doch die Nutzung ihres Materials durch die Polizei wird erleichtert. Auch sollen die Sicherheitsbehörden „ermächtigt“ werden, von Kameras der Asfinag erfasste Autokennzeichen „für Zwecke der Fahndung zu verarbeiten“. Und Einrichtungen in öffentlichem Auftrag, also etwa Verkehrsbetriebe oder Ämter, sollen künftig der Pflicht unterliegen, die Sicherheitsbehörden vom Bestehen oder dem Ausbau von Überwachungseinrichtungen zu informieren.

## Steinhauser skeptisch

Letzteres stößt etwa beim Grünen Klubobmann und Justizsprecher Albert Steinhauser auf Kritik. „Das Innenministerium erhält auf diese Art zunehmend Zugriff auf eine vernetzte öffentliche Überwachung“, sagt er. Die geplante Kennzeichenerfassung wiederum sei „verfassungsrechtlich problematisch“, denn die Kennzeichen würden allgemein, nicht auf konkreten Verdacht hin erfasst.

Umstritten ist auch die vom Justizministerium im Rahmen des



Auch persönliche Handyaufnahmen sollen für die Verbrechensbekämpfung künftig einfacher nutzbar werden. Videoüberwachungsbetreibern wiederum winken neue Melde- und Ausfolgungspflichten.

Pakets vorgelegte Strafprozessnovelle: Sie sieht unter anderem die Überwachung von verschlüsselten Nachrichten – etwa über Whatsapp versandte Chats – vor. Aus den Erläuterungen des Gesetzesentwurfs geht hervor, dass mit Nachrichten nicht nur Chats gemeint sein können. Sondern etwa auch „Inhalte von Homepages, Beiträge in Newsgroups, Informationen über Bestellvorgänge, Aufrufstatistiken von Webseiten“ sowie „E-Mail-Entwürfe“. All das

könnte mit einem Bundestrojaner ausgelesen werden.

Diese neue staatliche Spionagesoftware soll „remote“, also über das Internet auf Handys oder Computern, oder physikalisch installiert werden können. Dafür werden wohl Sicherheitslücken in Systemen ausgenutzt – eine Technik, die auch Kriminelle und Hacker anwenden. Das Justizministerium rechnet dafür mit Kosten von 14 Millionen Euro in den kommenden zwei Jahren.

Auch der Einsatz von IMSI-Catchern, mit dem Handygespräche belauscht werden können oder der Standort lokalisiert werden kann, ist vorgesehen. „Eine Ermittlungsmaßnahme zur Überwachung verschlüsselter Nachrichten stellt eine unverhältnismäßige Gefährdung der Integrität informationstechnischer Systeme dar“, sagt dazu Maximilian Schubert, Geschäftsführer des Verbands der Internetserviceprovider Österreichs. (bri, fsc, sum)

## Gleichstellung: Kleine Schritte

Frauen sind besser gebildet, aber schlechter bezahlt

**Bregenz** – Im Zweijahresrhythmus lässt die Landesregierung in Kooperation mit Arbeiterkammer und Gewerkschaft einen Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern erarbeiten. Am Montag wurde der sechste Bericht dieser Art präsentiert. Obwohl nur kleine Veränderungen sichtbar sind, sieht Studienautorin Susanne Feigl die Entwicklung „durchaus erfreulich, denn es geht in die richtige Richtung“.

Positiv merkt Feigl das steigende Bildungsniveau der Vorarlbergerinnen. Hatten vor 15 Jahren noch 33 Prozent der erwerbstätigen Frauen nur einen Pflichtschulabschluss, sind es heute 17 Prozent. Zwar haben Frauen die bessere Schulbildung – 15 Prozent besuchen eine höhere Schule (Männer elf), 16 Prozent haben einen Hochschulabschluss (Männer 14) –, dennoch machen Frauen 63 Prozent der Hilfsarbeitskräfte aus, Männer stellen hingegen 70 Prozent der Führungskräfte.

### Vorarlberg: Differenz größer

Mit knapp 70 Prozent liegt die Erwerbsquote der Vorarlbergerinnen über dem Bundesdurchschnitt. Überdurchschnittlich groß ist aber auch die Differenz zwischen Frauen- und Männergehältern. Ganzjährig Vollzeit beschäftigte Frauen verdienen um 27 Prozent weniger als Männer (bundesweit: 18 Prozent).

Ungleich aufgeteilt ist auch unbezahlte Arbeit. Zwei Drittel der Familienarbeit leisten Frauen. Diese ungleiche Aufteilung gehe zulasten beider Elternteile, sagt Frauenlandesrätin Katharina Wiesflecker (Grüne). Männer arbeiten, sobald sie Kinder haben, mehr, um den Wegfall des Einkommens der Frau zu kompensieren. Sie hätten dadurch weniger Zeit für die Familie. Wiesflecker: „Wer Frauen stärken will, muss Männern Mut machen.“ Erwerbs- und Sorgearbeit müssten anders verteilt werden.“

Überzeugungsarbeit allein genüge nicht. „Ich bin eine absolute Vertreterin der Quote. Das wirkt.“ Beispielsweise in Landesbetrieben, wo seit 2011 der Frauenanteil 25 Prozent betragen muss. Nicht zufrieden ist Wiesflecker mit dem Frauenanteil in politischen Ämtern: In den Gemeindevertretungen kommt man auf 23 Prozent, nur sieben Prozent der Gemeinden werden von einer Bürgermeisterin geführt, im Landtag sind 36 Prozent der Abgeordneten weiblich, so viele gab es bereits im Jahr 2004. (jub)

## Doppelmord: IS-Treueschwur auf Facebook

Mutmaßlicher Täter soll sich seit Mitte 2016 radikalisiert haben

**Linz/Wien** – Der Verdächtige im Fall der Bluttat an einem Linzer Ehepaar hat laut Polizei dem IS-Anführer Abu Bakr al-Baghdadi auf Facebook die Treue geschworen. Das hat der oberösterreichische Landespolizeidirektor Andreas Pils in einem kurzen Statement am Montag bestätigt. Demnach habe sich der Mann selbst radikalisiert.

Seit Mitte 2016 habe er Tendenzen gezeigt, „die in Richtung Radikalisierung führen“, wie die Auswertung der Facebook-Einträge ergeben habe. Die Tendenz

habe sich „bis zum letzten Eintrag“, dem Treueschwur, immer weiter fortgesetzt, so Pils im Anschluss an die Sitzung der oberösterreichischen Landesregierung, wo er Bericht erstattet hatte.

Der Verdächtige, der am 30. Juni ein betagtes Ehepaar getötet und anschließend in der Wohnung seiner Opfer Feuer gelegt haben soll, hatte sich selbst gestellt – DER STANDARD berichtete. Er gab laut Polizei als Motiv an, er habe ein Exempel an der Gesellschaft und der FPÖ, durch die er sich als Ausländer und Muslim diskriminiert

fühlte, statuieren wollen. Ein Sohn des getöteten Paares ist ein Mitarbeiter des freiheitlichen FPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreters Manfred Haimbuchner, so dürfte der Täter einen Bezug zur FPÖ hergestellt haben. Die Familie hat allerdings gar kein Naheverhältnis zu den Freiheitlichen.

Vor wenigen Tagen hatte Konrad Kogler, Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, keinen kausalen Zusammenhang zwischen mutmaßlichen IS-Sympathien des Verdächtigen, Mohamed H., und dem Doppelmord hergestellt. Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP) hatte von einem „eindeutigen IS-Hintergrund“ gesprochen.

Haimbuchner hatte zuletzt gemeinsam mit FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und Generalsekretär Herbert Kickl den Behörden Versagen, Untätigkeit und Beschwichigung bei islamistischen Aktivitäten in Österreich vorgeworfen, weil der IS-Bezug erst nach einigen Tagen bekannt geworden war. Die Polizeigewerkschaft reagierte darauf am Montag mit einem Offenen Brief, in dem sie sich gegen „politisch motivierte Zurufe“ verwehrte.

### „Sensationslust“

Innenminister Sobotka lobte die Polizeiarbeit als „hervorragend“ und mahnte, dass die Beamten nicht „aus politischer Sensationslust heraus zu Tätern gemacht werden“ dürften. Landeshauptmann Thomas Stelzer (ÖVP) stellte sich ebenso hinter die Ermittler. Der Fall hat einen Bezug zu einem Beamten des Landes. Zudem sprach Stelzer von Besorgnis unter den Mitarbeitern des Landes, die „der furchtbare Mord“ in der Folge ausgelöst habe. Er kündigte Schritte zu deren Schutz an.

Auch Landesrätin Birgit Gersdorfer (SPÖ) betonte, dass ihr Vertrauen zur Exekutive ungebrochen sei. Landesrat Rudi Anschöber (Grüne) will den Endbericht der Polizei abwarten. (APA)

## MELANGE

### Der Bischof, der Pfarrer und der Highway to Hell

Wolfgang Weisgram

Seit seinem Amtsantritt als Bischof der Diözese Eisenstadt im Jahr 2010 hat Ägidius Zsifkovics ordentlich umgehört in der pannonischen Herde und vor allem in deren Hirtenchar. Nicht immer ist das wohlwollend beklascht worden. Oft waren Pfarrersbe- und -entsetzungen gar von Unwillenskundgebungen begleitet und überhaupt nicht getragen vom „Geist der Communio“, welchen der Oberhirte auf seine Amtszeit eigentlich herabbeschwören wollte. Nirgends aber erreicht die Renitenz ein derartiges Ausmaß wie im mittelburgenländischen Dekanat **Veliki Borištof**, also Großwarasdorf.

Nicht nur wurde der Bischof – er stammt aus Stinjaki/Stinatz – vor drei Jahren einmal im Pfarrhof eingesperrt (weshalb man in Eisenstadt vom 26. September gern auch als „Santo Egidio in carcere“ spricht); nicht nur dass es im Jahr darauf im Ortsteil Nebersdorf zu einer veritablen Rauferei gekommen ist: Vor etwa

zwei Wochen eskalierte die Gelegenheit ins tatsächlich Bedenkliche. In das Lüftungssystem des Autos des Großwarasdorfer Pfarrers wurde „eine ätzende Substanz“ eingebracht (schreibt der regionale *Kurier*), konkret „Buttersäure“ (berichtet die regionale *Krone*). Dominik Orieschnig, Sprecher des Bischofs, spricht von einer „in geschlossenen Räumen nicht un-

gefährlichen Substanz, die gegen Wildverbiss aufgebracht wird“, und möchte deponieren, „dass das kein Lausbubenstreich mehr ist“. Die Polizei ermittelt.

Dabei kommt der Bischof gerade in dem Fall gewissermaßen wie die Jungfrau zum Kind. Den Pfarrer stellen ja seit langem Franziskaner aus Bosnien. Der Orden verleiht, so Orieschnig zum STANDARD, seine Arbeitskräfte für je nur rund drei Jahre. Sonst ginge die Verwurzelung im Mutterkloster verloren. „Das ist hier offenbar passiert.“ Der Vorgänger des nunmehrigen Pfarrers **Božidar Blažević, Ivan Jelić**, hat in den sieben Jahren sehr gute Freunde und Freundinnen gefunden. Der neue Pfarrer werde nun „gemobbt und gestalkt“, so wolle man ihm den Job verleiden.

Nicht alles hier ist, Gott sei's gedankt, so handgreiflich. In der Pfarre mag zuweilen *Highway to Hell* intoniert werden. Die Kuga, das 35 Jahre alte Kulturzentrum, rief am Wochenende zur friedlich-krowdrockigen Croatisada.



Bischof Ägidius Zsifkovics hat nur selten zu lachen.

Foto: APA / Robert Jäger